

# Amtsblatt

## der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

### Teil I

Nummer 16

Ausgegeben in München am 3. September 2007

Jahrgang 2007

### Inhalt

Seite

Seite

#### I. Rechtsvorschriften

Neunte Verordnung zur Änderung der  
Fachakademieordnung Sozialpädagogik . 302

Verordnung zur Änderung der Zulas-  
sungs- und Ausbildungsordnungen für die  
Lehrämter an Realschulen, Gymnasien  
und beruflichen Schulen ..... 305

#### II. Bekanntmachungen der Bayeri- schen Staatsministerien für Un- terricht und Kultus und Wissen- schaft, Forschung und Kunst

Richtlinien des Bayerischen Staatsministe-  
riums für Wissenschaft, Forschung und  
Kunst für das Programm zur Förderung  
der Auftragsforschung an den staatlichen  
Fachhochschulen in Bayern (Bonuspro-  
gramm Fachhochschulen) ..... 306

Verfahrensordnung für die Lehrplankom-  
missionen am Staatsinstitut für Schulqua-  
lität und Bildungsforschung ..... 309

Übertritt vom Gymnasium zur Realschule  
oder zur Wirtschaftsschule während des  
Schuljahres ..... 310

Bestellung von Ministerialbeauftragten  
für die Gymnasien ..... 311

Zulassung von Lernmitteln ..... 311

#### III. Bekanntmachungen der Bayeri- schen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

Leitlinien zur Führung und Zusammenar-  
beit in der Bayerischen Staatsverwaltung 314

# I. Rechtsvorschriften

2236-9-1-3-UK

## Neunte Verordnung zur Änderung der Fachakademieordnung Sozialpädagogik

Vom 23. Juli 2007 (GVBl S. 576)

Auf Grund von Art. 45 Abs. 2, Art. 89 und 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

### § 1

Die Schulordnung für die Fachakademien für Sozialpädagogik (Fachakademieordnung Sozialpädagogik – FakOSozPäd) vom 4. September 1985 (GVBl S. 534, ber. S. 662, BayRS 2236-9-1-3-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. November 2004 (GVBl S. 467), wird wie folgt geändert:

#### 1. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

##### a) Satz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchst. d wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

bb) Buchst. e wird gestrichen.

##### b) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 können mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ausnahmsweise auch Bewerber zugelassen oder in das zweite Jahr des Sozialpädagogischen Seminars aufgenommen werden, deren bisheriger Bildungsstand und beruflicher Werdegang eine erfolgreiche Mitarbeit in der Fachakademie bzw. im zweiten Jahr des Sozialpädagogischen Seminars erwarten lassen.“

c) In Satz 3 werden die Worte „an einer“ durch das Wort „eine“ und das Wort „aufbauenden“ durch das Wort „aufbauende“ ersetzt.

#### 2. In § 5 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Vorrückungsfach“ durch das Wort „Pflichtfach“ und das Wort „Vorrückungsfächern“ durch das Wort „Pflichtfächern“ ersetzt.

#### 3. In § 9 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Pflicht- und Wahlpflichtfächern“ durch das Wort „Pflichtfächern“ ersetzt.

#### 4. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „durchgeführt“ ein Strichpunkt und die Worte „statt in der Grundschule können bis zu 20 Stunden auch in der Hauptschule durchgeführt werden“ eingefügt.

b) Abs. 5 wird aufgehoben.

5. In § 11 Abs. 3 Satz 1 wird das Wort „Sie“ durch die Worte „Die Studierenden“ ersetzt.

6. Dem § 16 Abs. 2 werden folgende Sätze 5 bis 7 angefügt:

„<sup>5</sup>An die Stelle einer der Klausuren kann eine andere individuelle Leistung eines Studierenden treten, z.B. der Beitrag zu einer Projektarbeit.  
<sup>6</sup>Die an die Stelle einer Klausur tretende Leistung muss den Anforderungen einer Klausur gleichwertig sein. <sup>7</sup>Die Entscheidung trifft die Lehrerkonferenz; sie wird den Studierenden rechtzeitig mitgeteilt.“

#### 7. § 20 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Begriff „Anforderungen“ in Art. 52 Abs. 2 Satz 1 BayEUG bezieht sich auf den Umfang sowie auf die selbstständige und richtige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie auf die Art der Darstellung.“

8. In § 27 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Vorrückungsfächern“ durch das Wort „Pflichtfächern“ ersetzt.

9. In § 41 Abs. 2 Satz 3 werden nach dem Wort „April“ ein Komma und die Worte „bei verkürztem Berufspraktikum keinesfalls vor dem 1. Januar,“ eingefügt.

10. In § 46 Abs. 2 werden die Worte „das Staatsministerium“ durch die Worte „die Schulaufsichtsbehörde“ ersetzt.

11. In § 47 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „Nebenamtlich oder nebenberuflich tätige“ durch die Worte „Mit weniger als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigte“ ersetzt.

12. In § 51 Abs. 3 werden die Worte „nebenamtlichen und nebenberuflichen“ durch die Worte „mit weniger als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigten“ und die Worte „hauptamtlichen und hauptberuflichen“ durch die Worte „mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigten“ ersetzt.

#### 13. § 53 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „zugelassener“ die Worte „oder gemäß Art. 51 Abs. 1 Satz 3 BayEUG nicht zulassungspflichtiger“ eingefügt.

b) In Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „hauptamt-

liche oder hauptberufliche“ durch die Worte „mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit beschäftigte“ ersetzt.

14. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Das Wort „Modul“ wird jeweils durch die Worte „mit flexiblen Angeboten“ ersetzt.

b) Fußnote 1 erhält folgende Fassung:

„<sup>1)</sup>Unterrichtswochenstunden mit flexiblen Angeboten sind Stundenanteile, die inhaltlich (verschiedene Lehrplanangebote zur Auswahl) disponibel für die Fachakademien sind.“

15. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 2.1 erhält folgende Fassung:

„2.1 Kindertageseinrichtungen nach Art. 2 Abs. 1 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG), die die Fördervoraussetzungen nach Art. 19 BayKiBiG erfüllen,“

bb) Nr. 2.2 wird aufgehoben.

cc) Die bisherige Nr. 2.3 wird Nr. 2.2 und erhält folgende Fassung:

„2.2 Heime, die eine Betriebserlaubnis nach § 45 des Achten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VIII) besitzen oder dieser nach § 45 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII nicht bedürfen; als Heime kommen für die Ableistung des Praktikums in Frage:

- 2.2.1 Tagesstätten für Kinder mit heil- und sonderpädagogischem Förderbedarf,
- 2.2.2 Heime für Kinder bis zur Beendigung der Vollzeitschulpflicht,
- 2.2.3 Heime für schulentlassene Minderjährige und junge Volljährige, z. B. Jugendwohnheime,
- 2.2.4 Heime bei Förderschulen,
- 2.2.5 Erholungs- und Kurheime,
- 2.2.6 Einrichtungen der Jugendarbeit,
- 2.2.7 Schülerheime und Tagesheimschulen, die nach den Bestimmungen des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen der Schulaufsicht unterliegen.“

b) In Nr. 4 werden die Worte „Art. 13 BayKiG“ durch die Worte „Art. 30 Satz 1 Nr. 2 BayKiBiG in Verbindung mit § 16 Abs. 2 und 5 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (AVBayKiBiG)“ ersetzt.

16. Anlage 3 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 4 Satz 3 wird aufgehoben.

b) In Nr. 5.1 erhält der erste Spiegelstrich folgende Fassung:

„– Dem Unterricht an der Fachakademie ist folgende Stundentafel zugrunde zu legen:

Pflichtfächer	Wochenstunden	
	1. Jahr	2. Jahr
Pädagogik und Psychologie	2	3
Deutsch und Kommunikation	1	1
Englisch	–	1
Recht und Verwaltung	0,5	0,5
Musische Gestaltung und Bewegungserziehung <sup>1) 2)</sup>	2	2
Naturwissenschaft und Gesundheit	0,5	0,5
Religionspädagogik und ethische Erziehung	0,5	0,5
Praxis- und Methodenlehre <sup>3)</sup>	1,5	1,5
<b>Summe</b>	<b>8</b>	<b>10</b>

1) Davon je eine Stunde Musikerziehung, Kunsterziehung/Werken, Bewegungserziehung (Sporterziehung/Rhythmik)

2) 1 Unterrichtswochenstunde mit flexiblen Angeboten

3) 0,5 Unterrichtswochenstunden mit flexiblen Angeboten

Unterrichtswochenstunden mit flexiblen Angeboten sind Stundenanteile, die sowohl inhaltlich (verschiedene Lehrplanangebote zur Auswahl) als auch hinsichtlich der Zuordnung zum Seminarjahr disponibel für die Fachakademien sind. Die Wochenstundenanzahl pro Jahr bleibt davon unberührt.“

c) In Nr. 6 wird das Wort „Abschnitt“ durch das Wort „Nr.“ ersetzt.

d) Nr. 8.1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisher einzige Satz wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Für die Zahl der Leistungsnachweise werden Fächer mit 0,5 und mit 1,5 Wochenstunden wie einstündige Fächer behandelt.“

e) Nr. 10.1.4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf den gesamten Unterrichtsstoff der Fächer

- Deutsch und Kommunikation  
(Bearbeitungszeit 90 Minuten)
- Pädagogik und Psychologie  
(Bearbeitungszeit 90 Minuten).“

bb) Es werden folgender neuer Satz 5 und folgende Sätze 6 bis 8 eingefügt:

„Im Fach Deutsch und Kommunikation findet eine verpflichtende mündliche Prüfung als Gruppenprüfung mit vier bis sechs Prüflingen nach Maßgabe näherer Bestimmungen des Staatsministeriums statt. Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf den gesamten Unterrichtsstoff des Fachs. Die Prüfungszeit soll im Allgemeinen 5 Minuten je Prüfling betragen. Über Verlauf, wesentlichen Inhalt und Ergebnis der mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen.“

cc) Der bisherige Satz 5 wird Satz 9.

dd) Es wird folgender Satz 10 angefügt:

„Im Fach Deutsch und Kommunikation findet eine mündliche Prüfung nach § 42 Abs. 4 bis 6 BFSOHwKiSo nicht statt.“

f) In Nr. 11 wird die Zahl „19“ durch die Zahl „26“ ersetzt.

## § 2

<sup>1</sup>Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2007 in Kraft. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 16 Buchst. b für das erste Jahr des Sozialpädagogischen Seminars mit Wirkung vom 1. September 2006 in Kraft.

München, den 23. Juli 2007

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister

2038-3-4-5-1-UK, 2038-3-4-6-1-UK, 2038-3-4-7-1-UK

**Verordnung  
zur Änderung der  
Zulassungs- und Ausbildungsordnungen  
für die Lehrämter an Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen  
Vom 3. August 2007 (GVBl S. 584)**

Auf Grund von Art. 28 Abs. 1 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2007 (GVBl S. 536), in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch Art. 15 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Juli 2007 (GVBl S. 442), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss folgende Verordnung:

**§ 1**

**Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung  
für das Lehramt an Realschulen**

§ 19 der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Realschulen (ZALR) vom 31. August 1995 (GVBl S. 682, BayRS 2038-3-4-5-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. August 2003 (GVBl S. 577), wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „6“ ersetzt.
2. In Satz 2 wird die Zahl „16“ durch die Zahl „17“ ersetzt.

**§ 2**

**Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung  
für das Lehramt an Gymnasien**

In § 21 Satz 2 und in § 22 Abs. 2 Satz 2 der

Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Gymnasien (ZALG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1992 (GVBl S. 477, BayRS 2038-3-4-6-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. August 2003 (GVBl S. 582), wird die Zahl „16“ jeweils durch die Zahl „17“ ersetzt.

**§ 3**

**Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung  
für das Lehramt an beruflichen Schulen**

In § 19 Satz 2 der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an beruflichen Schulen (ZALB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1992 (GVBl S. 487, BayRS 2038-3-4-7-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. August 2003 (GVBl S. 587), wird die Zahl „16“ durch die Zahl „17“ ersetzt.

**§ 4**

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 1. September 2007 in Kraft.

München, den 3. August 2007

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister



## II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2210.4.1-WFK

### Richtlinien des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für das Programm zur Förderung der Auftragsforschung an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern (Bonusprogramm Fachhochschulen)

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst  
vom 17. Juli 2007 Az.: XI/1-F 1114-11/21 614**

#### 1. Ziel und Gegenstand der Förderung

Ziel des Bonusprogramms Fachhochschulen ist es, die Fachhochschulen durch die Gewährung von Bonusprämien zu motivieren, in verstärktem Maße anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durchzuführen (Art. 2 Abs. 1 Satz 6 Halbsatz 2 Bayerisches Hochschulgesetz (BayHSchG)) und so den Wissens- und Technologietransfer sowie die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu fördern (Art. 2 Abs. 5 Sätze 1 und 2 BayHSchG). Damit soll auch die Drittmittelfähigkeit der Fachhochschulen verbessert, der Praxisbezug der Lehre gestärkt und gleichzeitig die Wettbewerbsposition der regionalen Wirtschaft gefestigt werden.

Die Bonusprämien werden den Fachhochschulen zur Verwendung für Zwecke des Wissens- und Technologietransfers gewährt (Nr. 4.6).

#### 2. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind die staatlichen Fachhochschulen in Bayern.

#### 3. Fördervoraussetzungen

Die Bonusprämie wird für anwendungsbezogene Forschungs- und Entwicklungsaufträge (FuE-Aufträge) nichtöffentlicher Auftraggeber gewährt, die an einer staatlichen Fachhochschule in Bayern unter Mitwirkung von Professorinnen und/oder Professoren im Hauptamt durchgeführt werden, wenn

- der FuE-Auftrag von einem Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten erteilt wurde oder
- die Laufzeit des FuE-Auftrags zwei Jahre übersteigt oder
- das vereinbarte Entgelt des FuE-Auftrags (ohne Umsatzsteuer) weniger als 10000 Euro beträgt.

Das Bonusprogramm Fachhochschulen ergänzt insoweit die Förderrichtlinie „Forschungsprämie“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Bekanntmachung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Förderrichtlinie „Forschungsprämie“ vom 7. Februar 2007) für die FuE-Aufträge, die nicht mit einer Forschungsprämie gefördert werden können.

FuE-Aufträge, die sich über mehr als ein Semester erstrecken, sowie FuE-Aufträge, die zeitlich unmittelbar aufeinander folgen und miteinander in engem inhaltlichem Zusammenhang stehen (langfristige Projekte) werden nur einmal gefördert.

#### 4. Art, Umfang und Verwendung der Förderung

4.1 Den Fachhochschulen werden als Bonusprämie zusätzliche Ausgabemittel zugewiesen.

4.2 Die Bonusprämie wird in folgender Höhe gewährt:

FuE-Aufträge, deren Bemessungsgrundlage 2500 Euro nicht überschreiten, werden nicht gefördert (Ausschluss von Bagatellförderung).

Für denjenigen Teil der Bemessungsgrundlage, der

- 25000 Euro nicht überschreitet, beträgt der Fördersatz 20%;
- zwischen 25000 Euro und 50000 Euro liegt, beträgt der Fördersatz 10%;
- 50000 Euro überschreitet, beträgt der Fördersatz 5%.

Die Höhe der Bonusprämie ist auf maximal 50000 Euro je FuE-Auftrag begrenzt.

4.3 Bemessungsgrundlage für die Bonusprämie ist das Entgelt (ohne Umsatzsteuer), das der Fachhochschule für den jeweiligen FuE-Auftrag tatsächlich bezahlt wird.

Vergütungen, die im Rahmen des Projekts für Zusatzleistungen in Nebentätigkeit oder für eine Beteiligung Dritter als Subunternehmer gewährt werden, bleiben außer Ansatz. Sachleistungen (z.B. Laborgeräte), die vom Auftraggeber zur Durchführung des FuE-Auftrags zur Verfügung gestellt werden und in das Eigentum der Fachhochschule übergehen, können bis zu einem Zeitwert von maximal 25000 Euro berücksichtigt werden; Sachleistungen mit einem Zeitwert von weniger als 2500 Euro werden nicht berücksichtigt.

Bei langfristigen Projekten ist die Bemessungsgrundlage das berücksichtigungsfähige Entgelt (ohne Umsatzsteuer) im Zeitpunkt der Antragstellung.

- 4.4 Die Fachhochschule ist verpflichtet, dem Staatsministerium nachträgliche Änderungen der Bemessungsgrundlage oder sonstige für die Förderung maßgebliche Umstände unverzüglich mitzuteilen. Eine entsprechende Minderung oder Rückforderung der Bonusprämie bleibt vorbehalten.
- 4.5 Die Bonusprämie wird ohne Rechtsanspruch und nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt. Maßgeblich für die Zuordnung zu Programmjahren sind die Eingänge der für die Feststellung der Bemessungsgrundlage maßgeblichen Zahlungen bzw. Sachleistungen bei der Fachhochschule.
- 4.6 Die Bonusprämie wird der Fachhochschule zur freien Verwendung für Zwecke des Wissens- und Technologietransfers unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Ausgabemittel können sowohl zur Bestreitung laufender oder einmaliger Sachaufwendungen (ohne Baumaßnahmen, HGr 7) als auch für die Vergütung befristet beschäftigten Personals verwendet werden. Die zusätzlichen Ausgabemittel sind jeweils bis zum Ablauf des Kalenderjahres, das auf die Zuweisung der Ausgabemittel an die Fachhochschule folgt, zu verwenden.

## 5. Verfahren

- 5.1 Bonusprämien sind unter Verwendung des Formulars nach Anlage 1 beim Staatsministerium zu beantragen.
- 5.2 Der Antrag ist jeweils zum 15. Februar und zum 15. August für das jeweils abgelaufene Kalenderhalbjahr zu stellen. Förderanträge müssen spätestens zum übernächsten Anforderungstermin gestellt werden, der auf den für das Entstehen des

Förderanspruchs maßgeblichen Zahlungs- bzw. Leistungseingang folgt. Bei langfristigen Projekten müssen Förderanträge spätestens zum zweiten Anforderungstermin des dritten Jahres ab Beginn des FuE-Auftrags gestellt werden. Das Staatsministerium ist über langfristige FuE-Aufträge zu Beginn eines jeden Kalenderjahres in Kenntnis zu setzen.

- 5.3 Die Höhe der jeweiligen Bemessungsgrundlage stellt die Fachhochschule an Hand der eingehenden Zahlungen fest. Mit der Antragstellung bestätigt die Fachhochschule das Vorliegen der sich aus diesen Richtlinien ergebenden Fördervoraussetzungen.
- 5.4 Das Staatsministerium prüft die Anträge der Fachhochschulen und weist die zusätzlichen Ausgabemittel zur Bewirtschaftung zu.
- 5.5 Das Staatsministerium hat jederzeit das Recht zur Einsicht und Prüfung der Unterlagen; Art. 88ff. Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) bleiben unberührt.

## 6. Inkrafttreten

Die Richtlinien treten mit Wirkung vom 1. Juli 2007 in Kraft. Gleichzeitig treten die Richtlinien vom 2. August 1999 (Az.: XI/1-3/120-21/25 171), geändert am 26. August 2003 (Az.: XI/1-3/210-11/33 231), außer Kraft. FuE-Aufträge, die bis zum Ablauf des 30. Juni 2007 begonnen wurden, werden noch nach Maßgabe der Richtlinien vom 2. August 1999 (Az.: XI/1-3/120-21/25 171), geändert am 26. August 2003 (Az.: XI/1-3/210-11/33 231), gefördert, sofern keine Förderung durch die Forschungsprämie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erfolgt.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler  
Ministerialdirektor

Anlage 1

Fachhochschule: \_\_\_\_\_

☐ 1. Halbjahr \_\_\_\_\_  
☐ 2. Halbjahr \_\_\_\_\_

**Antrag auf Bonusprämien nach dem Bonusprogramm Fachhochschulen**

Im Zeitraum vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ hat die Fachhochschule folgende FuE-Aufträge abgerechnet:

Lfd. Nr.	Fakultät	Kurzbezeichnung des FuE-Auftrags	Auftraggeber	mitwirkende Professoren/-innen	erhaltene Nettoentgelte in €	Zeitwert erhaltener Sachleistungen in €	Buchungsdatum	beantragte Bonusprämie in €
1								
2								
3								
4								
5								
Gesamt								

Die Richtigkeit der gemachten Angaben sowie das Vorliegen der Fördervoraussetzungen nach den Richtlinien für das Programm zur Förderung der Auftragsforschung an den bayerischen Fachhochschulen (Bonusprogramm Fachhochschulen) in der derzeit gültigen Fassung wird bestätigt.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Kanzler/-in



2230.1.1.1.1.3-UK

## **Verfahrensordnung für die Lehrplankommissionen am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung**

### **Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

**vom 17. Juli 2007 Az.: III.4-5 O 4342.1-6.17 700**

Zur Erstellung von Lehrplänen beruft das Staatsministerium für Unterricht und Kultus Lehrplankommissionen (Art. 45 Abs. 3 Satz 1 BayEUG). Lehrpläne richten sich nach den besonderen Bildungszielen und Aufgaben der jeweiligen Schularart; sie haben die angestrebte Vermittlung von Wissen und Können und die erzieherische Aufgabe der Schule zu berücksichtigen (Art. 45 Abs. 1 Satz 2 BayEUG). Lehrpläne sind nach Maßgabe fachlicher, didaktischer, pädagogischer und schulpraktischer Gesichtspunkte zu erstellen und aufeinander abzustimmen (Art. 45 Abs. 3 Satz 2 BayEUG). Dabei sind die Übergänge zwischen den Schularten zu beachten. Den Lehrplänen für die Berufsschulen und Berufsfachschulen werden die Rahmenlehrpläne der Kultusministerkonferenz zugrunde gelegt (Art. 45 Abs. 3 Satz 3 BayEUG).

Die Lehrplankommissionen werden am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung eingerichtet. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus legt im Rahmen des Jahresprogramms des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung fest, welche Lehrplankommissionen einzurichten sind.

#### **1. Aufgaben der Lehrplankommissionen**

Die Lehrplankommissionen haben die Aufgabe, Lehrplanentwürfe auf der Basis eines vom Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung vorgeschlagenen Lehrplankonzepts zu erarbeiten und Vorschläge für ihre Umsetzung zu unterbreiten. Die Mitglieder einer Lehrplankommission können auch beauftragt werden, Umsetzungshilfen zu Lehrplänen zu erstellen. Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung legt die Arbeitsergebnisse der Lehrplankommissionen ggf. mit einer eigenen Stellungnahme dem Staatsministerium zur Entscheidung vor.

#### **2. Einrichtung der Lehrplankommissionen**

2.1 Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus beruft – auf Vorschlag des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung – die Mitglieder einer Lehrplankommission und bestimmt den Vorsitzenden<sup>1)</sup>, der im Allgemeinen der zuständige Referent des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung ist. Für die Betreuung der Arbeit der Lehrplankommissionen, vor allem für die inhaltliche Koordinierung, Organisation und verwaltungsmäßige Abwicklung, ist das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung verantwortlich.

2.2 Die Größe der jeweiligen Lehrplankommission richtet sich nach dem anfallenden Arbeitsvolumen. Ein Mitglied kann sich nicht vertreten lassen.

2.3 Die Lehrplankommission wählt mit einfacher Mehrheit aller Mitglieder einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

2.4 Eine Lehrplankommission kann Berater zu einzelnen Fragen hinzuziehen. Diese Berater haben kein Stimmrecht.

2.5 Die Tätigkeit der Lehrplankommission endet, wenn die ihr übertragenen Aufgaben erfüllt sind.

#### **3. Mitglieder der Lehrplankommissionen**

3.1 Die Mitglieder der Lehrplankommissionen sollen fachlich und pädagogisch besonders qualifiziert sein.

3.2 Bei der Auswahl der Mitglieder sollen nach Möglichkeit Berufserfahrung, regionale Verteilung und Geschlecht berücksichtigt werden.

#### **4. Dauer der Mitgliedschaft**

4.1 Die Mitglieder werden in der Regel für die Dauer der Tätigkeit der Lehrplankommission berufen.

4.2 Ein Mitglied kann in begründeten Fällen auf eigenen Wunsch mit Zustimmung des Staatsministeriums vorzeitig, in der Regel aber nur zum Ende eines Schuljahres oder Schulhalbjahres, ausscheiden.

4.3 Mitglieder der Lehrplankommissionen können vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus – in der Regel auf Vorschlag des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung – aus triftigen Gründen jederzeit abberufen werden.

#### **5. Aufgaben und Pflichten der Kommissionsmitglieder**

5.1 Der Vorsitzende der Lehrplankommission ist für die Planung, Organisation und Durchführung der Lehrplanarbeit im Rahmen der festgelegten Aufgaben und eines Arbeits- und Zeitplans verantwortlich. Er stellt die schulartübergreifende, fächerübergreifende und fächerverbindende Abstimmung der Inhalte sicher. Er sorgt dafür, dass die Niederschriften zu den Sitzungen der Lehrplankommission dem Staatsministerium auf dem Dienstweg rechtzeitig vorgelegt werden.

5.2 Die Mitglieder der Lehrplankommissionen sind verpflichtet,

- an den Sitzungen der jeweiligen Lehrplankommission teilzunehmen,
- Ergebnisniederschriften zu führen,
- die einschlägige Literatur aufzuarbeiten und Arbeitspapiere zu erstellen,
- nach Möglichkeit die Erprobung von Lehrplanelementen zu übernehmen oder zu betreuen,
- bei der Einführung eines Lehrplans mitzuwirken.

<sup>1)</sup> Der besseren Lesbarkeit wegen werden im Text nur männliche Formen verwandt.

5.3 Über die Verhandlungen der Lehrplankommission haben alle Mitglieder und die zu den Sitzungen hinzugezogenen Berater Vertraulichkeit zu wahren; Ergebnisse können bei Bedarf weitergegeben werden.

5.4 Die Mitarbeit in einer Lehrplankommission ist bei Lehrern staatlicher Schulen Dienstaufgabe.

## 6. Beschlussfassung

Entscheidungen werden mit Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Auffassung der Minderheit ist ebenso wie der gefasste Beschluss in der Ergebnisniederschrift festzuhalten.

## 7. Stundenanrechnungen, Vergütungen

7.1 Die im staatlichen Schuldienst tätigen Vorsitzenden und Mitglieder von Lehrplankommissionen erhalten in der Regel eine Anrechnung auf ihre Unterrichtspflichtzeit. Über die Zahl der Anrechnungstunden entscheidet das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung im Rahmen seines Budgets. Die Abteilungen des Staatsinstituts können alternativ auch eine angemessene finanzielle Vergütung gewähren.

7.2 Bei Mitgliedern aus dem nichtstaatlichen Schuldienst werden die Schulträger gebeten, entsprechend Nr. 7.1 zu verfahren.

7.3 Für die nicht im Schuldienst stehenden Mitglieder der Lehrplankommissionen ist die Tätigkeit in den Lehrplankommissionen ehrenamtlich; sofern sie diese Tätigkeit weder im Rahmen ihres Hauptamtes ausüben noch ihnen dafür eine Entlastung im Hauptamt gewährt wird, können sie eine Vergütung erhalten.

## 8. Sitzungen der Lehrplankommissionen

8.1 Die Anzahl der Sitzungstage richtet sich nach dem anfallenden Arbeitsvolumen.

8.2 Die Sitzungen sollen an bestimmten Wochentagen durchgeführt werden, die den jeweiligen Schulen mitgeteilt werden. Auch mehrtägige Sitzungen sind möglich.

## 9. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 17. Juli 2007 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 29. Dezember 1982 (KMBI I 1983 S. 4) außer Kraft.

Erhard  
Ministerialdirektor

2230.1.1.1.0-UK

## Übertritt vom Gymnasium zur Realschule oder zur Wirtschaftsschule während des Schuljahres

### Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 20. Juli 2007 Az.: V.2-5 S 6302-5.66 944

Die Aufnahme in eine Realschule oder Wirtschaftsschule erfolgt zu Beginn des Schuljahres, sonst nur aus wichtigem Grund (§ 26 Abs. 8 RSO, § 4 Abs. 6 WSO). Über das Vorliegen wichtiger Gründe entscheidet die Leiterin bzw. der Leiter der Schule, bei der um Aufnahme nachgesucht wird.

Strebt eine Schülerin bzw. ein Schüler während des Schuljahres den Übertritt vom Gymnasium zur Realschule oder zur Wirtschaftsschule an, hat die Schulleiterin oder der Schulleiter der Entscheidung ein Gutachten des Gymnasiums zugrunde zu legen. Dieses soll eine Beurteilung der Schülerin oder des Schülers enthalten, die sich auch auf die während des Schuljahres erzielten Leistungen erstreckt und das Ergebnis nachstehender Überlegungen zusammenfasst:

1. Für den Übertritt darf nicht eine vorübergehende Leistungsschwäche maßgebend sein. Der Übertritt setzt vielmehr eine sorgfältige Beobachtung der Entwicklung der Schülerin oder des Schülers voraus. Das Gespräch mit den Eltern und der Beratungslehrkraft sowie die Beratung der Fachlehrkräfte mit der Klassenleiterin bzw. dem Klassenleiter sind notwendig.
2. In die Überlegungen einzubeziehen ist die Frage, ob Aussicht besteht, dass die Schülerin oder der Schüler an der Realschule oder Wirtschaftsschule bessere Fortschritte macht. Die jeweilige Begabung ist am Bildungsziel von Gymnasium, Realschule und Wirtschaftsschule zu messen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass für manche Schülerinnen und Schüler, die am Gymnasium Schwierigkeiten haben, nicht die Realschule oder Wirtschaftsschule, sondern die Hauptschule die geeignete Schulart darstellt. Im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler sollte dieser Gesichtspunkt bei den Überlegungen eingehend gewürdigt werden.

Beim Übertritt vom Gymnasium zur Realschule oder zur Wirtschaftsschule während des Schuljahres ist ferner Folgendes zu beachten:

Ein früher Übertritt ist im Allgemeinen vorteilhafter als ein später. Deshalb können Übertritte während des Jahres nur in die 5. mit 9. Jahrgangsstufe der Realschule oder in die Jahrgangsstufe 7 mit 9 der Wirtschaftsschule erfolgen, nur in besonderen Ausnahmefällen in die 10. Jahrgangsstufe. Der Zeitpunkt des Übertritts soll möglichst in der ersten Hälfte des Schuljahres liegen. Als Übertrittstermine kommen insbesondere der 1. November und der erste Unterrichtstag nach den Weihnachtsferien in Betracht. Ein späterer Übertritt ist nicht sinnvoll, weil sich die Schüler sonst im Stoff der neuen Klasse nur schwer zu rechtfinden. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Schülerinnen und Schüler in der neuen Klasse den Vorrückungsbestimmungen unterliegen. Ein Übertritt nach Aushändigung des Zwischenzeug-

nisses sollte daher nur in besonderen Ausnahmefällen und spätestens bis 1. März erfolgen.

Schülerinnen und Schüler, die sich zu Beginn des Schuljahres am Gymnasium einer Nachprüfung ohne Erfolg unterzogen haben, können noch unmittelbar nach Zustellung des Bescheids über das Nichtbestehen der Nachprüfung in die Realschule oder Wirtschaftsschule aufgenommen werden, sofern sie die Voraussetzungen für eine Aufnahme ohne Probeunterricht bzw. Aufnahmeprüfung erfüllen.

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. September 2007 in Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel  
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2007 S. 310

Oberfranken

Leitender Oberstudiendirektor  
Dr. Edmund Neubauer  
Gymnasiumsplatz 4–6  
95028 Hof

Mittelfranken

Leitender Oberstudiendirektor  
Joachim Leisgang  
Löbleinstraße 10  
90409 Nürnberg

Unterfranken

Leitender Oberstudiendirektor  
Rudolf Schmitt  
Am Pleidenturm 16  
97070 Würzburg

Schwaben

Leitender Oberstudiendirektor  
Hubert Lepperdinger  
Hallstraße 10  
86150 Augsburg

Die Stellung und die Aufgaben der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien ergeben sich aus der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 21. Januar 2004 (KWMBI I S. 36).

Die Abgrenzung der Aufsichtsbezirke der für den Regierungsbezirk Oberbayern bestellten Ministerialbeauftragten bemisst sich nach der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. September 1984 (KMBl I S. 522), geändert durch Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 7. Februar 2005 (KWMBI I S. 94).

Die Bekanntmachung vom 14. August 2006 (KWMBI I S. 222) wird aufgehoben.

Dr. Berggreen-Merkel  
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2007 S. 311

2235.1.1.1-UK

### **Bestellung von Ministerialbeauftragten für die Gymnasien**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus  
vom 25. Juli 2007 Az.: VI.1-5 O 5120-6.8 322**

Gemäß Art. 116 Abs. 4 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG – BayRS 2230-1-1-UK) sind nach dem Stand zum 1. August 2007 zu Ministerialbeauftragten für die Gymnasien bestellt:

Oberbayern-Ost    Leitender Oberstudiendirektor  
Dr. Bernd Zinner  
Regerplatz 1  
81541 München

Oberbayern-West    Leitende Oberstudiendirektorin  
Dr. Karin Oechslein  
Wackersberger Straße 59  
81371 München

Niederbayern    Leitender Oberstudiendirektor  
Klaus Drauschke  
Jürgen-Schumann-Straße 20  
84034 Landshut

Oberpfalz    Leitender Oberstudiendirektor  
Günther Trüb  
Hans-Sachs-Straße 2  
93049 Regensburg

2230.1.1.1.1.4-UK

### **Zulassung von Lernmitteln**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 20. August 2007 Az.: III.4-5 S 1321.1-5. 89 983**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit <sup>R</sup> gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

## 1. Lernmittelfreie Lernmittel

### Allgemein bildende Schulen

#### Grundschule

##### Musikerziehung

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

##### *Der neue Musikus:*

<sup>R3</sup>: hrsg. v. Hoffmann/Maaß, ISBN 978-3-06-080408-5, 1. Aufl. 07, 11,75 €, ZN 105/07-V (17.08.07)

<sup>R4</sup>: hrsg. v. Hoffmann u.a., ISBN 978-3-06-080409-2, 1. Aufl. 07, 12,75 €, ZN 106/07-V (17.08.07)

#### Hauptschule

##### Englisch

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

##### *New Highlight, Hauptschule Bayern:*

<sup>R4</sup>: v. Williams, ISBN 978-3-464-34435-4, 1. Aufl. 07, 18,75 €, ZN 153/07-V (09.08.07), zugel. f.d. Jgst. 8

<sup>R4 für M-Klassen</sup>: v. Thorne, ISBN 978-3-464-34556-6, 1. Aufl. 07, 18,75 €, ZN 167/07-V (09.08.07), zugel. f.d. Jgst. M8

### Förderschulen und Schulen für Kranke

#### Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung

##### Förderschwerpunkt Lernen

##### Deutsch

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

##### *Klick! Sprechen • Lesen • Schreiben*, hrsg. v. Luckfiel:

<sup>R6</sup>: ISBN 978-3-06-060441-8, 1. Aufl. 07, 18,95 €, ZN 83/07-S (23.05.07), zugel. f.d. FSt. III

#### Realschule

##### Deutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben

**Oldenbourg Schulbuchverlag, München/  
C.C. Buchners Verlag, Bamberg:**

##### Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

*Sprache gestalten*, hrsg. v. Hertel:

<sup>R5</sup>: ISBN 978-3-486-82175-8, Aufl. 07, 19,95 €, ZN 133/01-R6 (14.08.07)

#### Gymnasium

##### Latein – Lesebücher / Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/  
Oldenbourg Schulbuchverlag, München:**

Die Zulassung des Unterrichtswerks „*prima. Gesamtkurs Latein, Ausg. B, Übergangsektüre*, v. Heinz/Hey, ISBN 978-3-7661-5027-1, 1. Aufl. 07“ wird auf das Unterrichtsfach **Latein als 1. FS** ausgedehnt (14.08.07).

##### Natur und Technik

**Schroedel Verlag, Braunschweig:**

##### *Netzwerk, Bayern:*

<sup>R</sup>**Informatik 6/7**: v. Hoos, ISBN 978-3-507-86364-4, Aufl. 07/**Druck B<sup>1</sup>**, 9,95 €, ZN 142/07-G8 (13.07.07)

##### Physik

**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

##### *Impulse Physik:*

<sup>R9</sup>: v. Donat u.a., ISBN 978-3-12-722464-6, 1. Aufl. 07, 17,90 €, ZN 129/07-G8 (29.06.07)

##### Religionslehre – evangelisch

**Claudius Verlag, München:**

##### *Ortswechsel – Neuland*, hrsg. v. Grill-Ahollinger u.a.:

<sup>R5</sup>: ISBN 978-3-532-70010-5, Aufl. 07, 16,80 €, ZN 131/07-G8 (29.06.07)

##### Spanisch

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

##### *Encuentros, Nueva Edición, Ausg. B*, zugel. in Spanisch als **3. FS**:

<sup>R2</sup>: v. Amman u.a., ISBN 978-3-464-20517-4, 1. Aufl. 07, 14,90 €, ZN 107/07-G8 (12.06.07), zugel. f.d. Jgst. 9 u. 10

##### *Encuentros – Grammatisches Beiheft, Nueva Edición, Ausg. B*, v. Schleyer, zugel. in Spanisch als **3. FS**:

<sup>R1</sup>: ISBN 978-3-464-20519-8, 1. Aufl. 07, 5,95 €, ZN 116/07-G8 (19.06.07), zugel. f.d. Jgst. 8

##### Wirtschaft und Recht

**Auer Verlag, Donauwörth:**

##### *Wirtschaft und Recht*, hrsg. v. Riedner/Steflbauer:

<sup>R1</sup>: ISBN 978-3-403-04193-1, 1. Aufl. 07, 18,90 €, ZN 149/07-G8 (19.07.07), zugel. f.d. Jgst. 9 (SG / NTG / MuG / WSG-S)

**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige  
Lernmittel**

**Allgemein bildende Schulen**

**Gymnasium**

**Deutsch**

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***Deutschbuch – Arbeitsheft, Gymnasium Bayern***, hrsg. v. Matthiesen u. a.:

**R9:** ISBN 978-3-464-603610-1, 1. Aufl. 07/1. **Druck**, 8,75 €, ZN 124/07-G8 (27.06.07)

**Englisch**

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***English G – Workbook, Gymnasium Bayern***, hrsg. v. Schwarz, zugel. in Englisch als **1. FS**:

**R5 *Language and Skills Trainer (mit Audio-CD)***: ISBN 978-3-464-31414-2, 1. Aufl. 07, 9,95 €, ZN 117/07-G8 (19.06.07), zugel. f.d. Jgst. 9; **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

**Französisch**

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***À plus! Carnet d'activités***, zugel. in Französisch als **1. und 2. FS**:

**R4 *cycle long***: v. Jorißen u.a., ISBN 978-3-464-22053-5, 1. Aufl. 07, 7,95 €, ZN 92/07-G8 (16.05.07), zugel. f.d. Jgst. 8 **bzw.** 9

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel  
Ministerialdirigentin



### **III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen**

**2003.0-I**

#### **Leitlinien zur Führung und Zusammenarbeit in der Bayerischen Staatsverwaltung**

##### **Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung**

**vom 2. Juli 2007 Az.: B I 1-1551-20-22-5**

#### **Präambel**

Die bayerische Staatsverwaltung steht vor den Herausforderungen einer sich ständig wandelnden Gesellschaft. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung kann nur mit dem Engagement und der Veränderungsbereitschaft aller Beschäftigten gelingen.

Den Führungskräften kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie müssen Vorbild für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Motor der Reformen sein. Personalführung ist eine ihrer Hauptaufgaben. Die Führungskraft soll leistungsorientiert sein und auf der Grundlage der nachfolgenden Leitlinien situationsbezogen führen. Zeitgemäße Instrumente wie Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen sind zu nutzen.

Die Leitlinien zur Führung und Zusammenarbeit in der bayerischen Staatsverwaltung bauen auf Bewährtem auf und sind auf die Zukunft gerichtet. Sie sind Richtschnur und Orientierungshilfe für Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Den Besonderheiten der einzelnen Geschäftsbereiche können sie angepasst werden.

Hierzu ergehen aufgrund von Art. 43 Abs. 1 der Verfassung die nachfolgenden Leitlinien. Diese Leitlinien sind Ziele. Alle Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aufgerufen, nach Kräften diese Ziele anzustreben und die Grundsätze mit Leben zu erfüllen.

#### **Kompetent führen**

**Führungskräfte sollen sich durch persönliche, soziale, methodische und fachliche Kompetenz auszeichnen. Führungskräfte wirken durch ihr Vorbild.**

Moderne Führung erfordert vielfältige Kompetenzen. Nur ein breites Spektrum an Fähigkeiten auf unterschiedlichen Gebieten kann der Verantwortung einer Führungskraft gerecht werden.

Führungskräfte müssen durch persönliche Autorität überzeugen. Sie sollen Verantwortungsbewusstsein gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigen sowie deren Kooperationsbereitschaft und Einsatzfreude fördern. Führungskräfte sollen sich Konflikten stellen und sie Lösungen zuführen. Ihr Ziel muss es sein, offen,

ehrlich und gerecht zu führen. Führungskräfte sollen die Motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern. Sie müssen auch bereit sein, Kritik anzunehmen und zu äußern.

Nicht alle Führungskräfte sind auf ihre Führungsaufgabe ausreichend vorbereitet. Die gezielte Entwicklung der Führungskompetenzen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Berufsbegleitende Fortbildungsangebote unterstützen hierbei die Führungskraft und sollen intensiv genutzt werden.

#### **Führungsverantwortung wahrnehmen**

**Führungskräfte müssen sich ihren Führungsaufgaben stellen. Sie werden an ihrem Führungsverhalten gemessen.**

Die Wahrnehmung von Führungsaufgaben ist ein wesentlicher Teil der Verantwortung der Vorgesetzten. Die bewusste Annahme dieser Aufgabe und der Umgang mit dieser Verantwortung sind wichtiger denn je.

Führungskräfte müssen Entwicklungen vorausschauend erkennen und aktiv steuern. Dabei gilt es eigenverantwortlich zu handeln, Entscheidungsbereitschaft zu zeigen, neue Ideen zu entwickeln und sie umzusetzen sowie komplexe Zusammenhänge verständlich darzustellen. Inwieweit Führungskräfte diesen Anforderungen entsprechen, wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beobachtet und wirkt sich auf deren Handeln aus. Bedeutsam ist es, sich als Führungskraft immer wieder klar zu machen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ihren Vorgesetzten Führung erwarten.

#### **Mit Zielen führen**

**Führungskräfte sollen Ziele entwickeln. Sie stützen sich dabei auf die Kenntnisse und Fähigkeiten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Für eine effektive und effiziente Arbeitserledigung bei zunehmender Arbeitsbelastung ist es notwendig, Ziele zur Führung zu nutzen.

Führungskräfte haben Gestaltungsspielräume, um Ziele zu entwickeln und zu setzen. Diesen Handlungsrahmen sollen sie auch ausschöpfen. Dabei sollen sie Prioritäten setzen, Abläufe gestalten, auf eine zweckmäßige sowie wirtschaftliche Aufgabenerledigung achten und Anforderungen an die Qualität und Quantität der Arbeitsergebnisse stellen. Ziele können dabei nicht nur messbare Arbeitsergebnisse sein. Sie können sich insbesondere auch auf das Arbeitsumfeld und die Zusammenarbeit beziehen.

Ziele sollen ein Ansporn sein. Dazu ist es wesentlich, dass sie klar und verständlich sind und in einem abgegrenzten, überschaubaren Zeitraum erreicht werden können. Sie sollen im Regelfall vereinbart werden.



## **Zusammenarbeiten**

**Die Zusammenarbeit muss geprägt sein von Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung. Entscheidungen sollen transparent sein.**

Zusammenarbeit bestimmt zunehmend den Erfolg des Einzelnen und der Verwaltung. Mitarbeiter erwarten, dass sie als kompetente Partner in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Viele Aufgaben lassen sich nur durch Teamarbeit lösen.

Voraussetzung ist dafür, sich gegenseitig umfassend und rechtzeitig zu informieren sowie offen zu kommunizieren.

Die Führungskräfte müssen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rückmeldung zu Arbeitsergebnissen geben, gute Leistungen angemessen anerkennen, aber auch sachliche Kritik üben. Dies kann die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit auch deren Arbeitsergebnisse verbessern. Aus Fehlern soll gelernt werden.

Zusammenarbeit gelingt, wenn Verständnis für die Interessen der Beteiligten besteht. Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten sind möglich und nützlich. Sie sollen nicht verdrängt, sondern konstruktiv aufgearbeitet werden. Entscheidend ist, sich mit Achtung und Rücksichtnahme zu begegnen und auf die Persönlichkeit des Einzelnen einzugehen.

Auf diese Weise kann eine Kultur des Vertrauens wachsen.

## **Konsequent delegieren**

**Führung beinhaltet die Delegation von Verantwortung und Zuständigkeiten sowie den bewussten Umgang mit der übertragenen Verantwortung.**

Für eine optimale Aufgabenerledigung sind klare Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche wichtig.

Aufgabe der Führungskraft ist es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern solche Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche einzuräumen und diese zu beachten. Wesentlich hierbei ist, dass klare Orientierungshilfen gegeben werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst interessen- und neigungsgerecht beschäftigt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen die übertragene Verantwortung wahrnehmen.

## **Ergebnisse kontrollieren**

**Führungskräfte sind mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeitsergebnisse gemeinsam verantwortlich. Kontrolle hilft, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren.**

Ziel der Kontrolle ist es, optimale Arbeitsergebnisse zu erreichen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern stets zielorientiert. Sie soll vorrangig eigenverantwortlich und laufend durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

selbst wahrgenommen werden. Die Führungskräfte sollen die Selbstkontrolle konstruktiv und situationsbezogen begleiten. Die Arbeitsergebnisse sollen gemeinsam besprochen werden. Wenn nötig, werden vereinbarte Ziele angepasst.

## **Gezielt fördern**

**Die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Förderung ihrer beruflichen Entwicklung sind wesentliche Führungsaufgaben.**

Nur gut aus- und fortgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich ihrer beruflichen Herausforderung stellen.

Die Führungskräfte fördern die fachliche Qualifikation und soziale Integration der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sollen sie bei ihrer fachlichen und überfachlichen Fortbildung unterstützen und dafür Freiräume schaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Eigeninitiative für ihre Fortbildung entwickeln.

Das Wissen um die Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung kann entscheidend zur Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen. Dazu sollen Führungskräfte mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern regelmäßige Gespräche führen.

Diese Leitlinien treten mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

Der Bayerische Ministerpräsident  
Dr. Edmund Stoiber

KWMBI I 2007 S. 314